

4. Interpellation von Edith Wohlfender, Elina Müller, Elisabeth Rickenbach, Brigitta Engeli, Nicole Zeitner vom 21. Dezember 2022 "Sorge um die psychiatrische und therapeutische Versorgung psychisch kranker Menschen im Thurgau!" (20/IN 39/436)

Beantwortung

Vizepräsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellantinnen vertreten durch Kantonsrätin Edith Wohlfender haben zuerst das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung einverstanden und zufrieden sind.

Wohlfender, SP: Im Namen der Interpellantinnen danke ich dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung unserer Fragen. Unsere Sorge um die psychisch kranken Menschen scheint berechtigt zu sein. Dies geht auch aus einem Zeitungsartikel vom 19. September 2023 hervor. Dort heisst es, dass sich die Schweizer Bevölkerung krank und ausgelaugt fühle. Ich frage mich, wie wir damit umgehen und was wir für die Gesundheit der Thurgauerinnen und Thurgauer tun können? Der Regierungsrat zeigt in einer Grafik die höheren Hospitalisationstage im Thurgau im Vergleich zum gesamtschweizerischen Durchschnitt auf. Nachdenklich stimmen auch die knappen Pflege- und Therapiebetten in den spezialisierten Kliniken für Kinder und Jugendliche. Gesundheit und Wohlbefinden im Thurgau – auch für Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung. Wie kann die Politik unterstützend Einfluss nehmen? In einer Diskussion über unsere Interpellation finden wir vielleicht Ansätze dafür. Wir **beantragen** daher Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit 72:3 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

Wohlfender, SP: Der Regierungsrat listet in seiner umfassenden Beantwortung die bereits eingeleiteten oder umgesetzten Massnahmen auf. Es scheint, dass die Zunahme an psychischen Erkrankungen längst erkannt und darauf reagiert wurde. Die Grafik auf Seite 4 zeigt in aller Deutlichkeit auf, wie manifest das Problem ist, liegen doch die Hospitalisationstage fast in allen Altersgruppen über dem nationalen Durchschnitt und auf dem Niveau von 2017. Die Hospitalisationsrate bei Jugendlichen stieg in den letzten Jahren deutlich an. Diese Altersgruppe ist besonders vulnerabel. Entsprechend sind Therapiemöglichkeiten, sei dies im stationären oder ambulanten Bereich, in genügender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Deutet man die Zahlen in der Beantwortung des Regierungsrates, so stellen sich, mindestens für mich, einige Fragen. Warum haben wir im Thurgau eine höhere Hospitalisationsrate von Menschen mit psychischen Erkrankungen? Ist die psychische Gesundheit der Thurgauerinnen und Thurgauer schlechter als anderswo? Wenn ja, welche Ursachen wären da zu erwähnen? Welche Bedeutung misst der Regierungsrat der Zunahme an Pflagetagen bei jungen Menschen bei? Müsste die Schulsozialarbeit oder gar die Begleitung von jungen Familien durch Hebammen oder erweiterte

Mütter- und Väterberatungsstellen ausgebaut werden? Könnten mit einem guten Start ins Leben für junge Menschen die äusserst einschneidenden Massnahmen der fürsorge-rischen Unterbringung vermieden werden? Das würde heissen, dass die Investition in Begleitung und Betreuung in der frühen Kindheit hohe Versorgungskosten im späteren Leben vermeiden würden. In der Beantwortung weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Bettenbelegung äussert hoch ist und seit Monaten keine Jugendlichen mehr aufgenommen werden können. Es stellt sich die Frage, wieso die Bettenzahl in den Kliniken limitiert wird, obwohl die Nachfrage sehr hoch ist. Für eine genügend gute Versorgung sollte diese Limitation aufgehoben werden. Denn wir wissen alle, dass langzeitkranke Menschen das Sozialversicherungssystem enorm und vor allem über eine lange Zeit belasten. Wenn Jugendliche durch die Maschen fallen, kostet das viel Geld. Es sind diese Schicksale auf dem Weg aus der Krankheit, die uns auf vielen Ebenen belasten. Warum fristet die Vorsorge für ein gesundes Seelenleben gegenüber anderen Krankheiten ein Schattendasein? Warum gehen wir nicht jedes Jahr präventiv zum Seelendoktor, wie wir dies für die Krebsvorsorge auch tun? Sind Sensibilisierungskampagnen zur psychischen Gesundheit für Jung und Alt wieder notwendig? Können wir die gesellschaftlichen Aktivitäten wie zum Beispiel das Vereinsleben besser würdigen, damit in diesen Gefässen das soziale Miteinander wieder gestärkt wird? Braucht es mehr niederschwellige Anlaufstellen in den Berufsschulen? Sind neue Begegnungsorte für die ältere Bevölkerung notwendig, da die Beizen diese Rolle allmählich verlieren? Institutionelle, professionelle Angebote kosten den Staat. Demgegenüber vermindern sich diese Kosten für teure Spitalaufenthalte oder frühzeitige Eintritte in Alters- oder Pflegeheime. Letztendlich stellt sich auch die Frage, was in der Gesellschaft falsch läuft. In den News der "SGG Pay", der Zeitschrift der Schweizer Gesellschaft für Gesundheitspolitik, wird ein Fokus auf den Mangel, der an der Psyche nagt, gelegt. Darin wird festgehalten, dass man psychisch erkranken kann, wenn man um seine finanzielle Existenz fürchtet. Das Fazit in diesem Artikel ist, dass dies auch finanziell gut lebende Menschen treffen kann. Ängste, die aus verschiedenen Ebenen eintreffen, können solche Depressionen hervorrufen. Warum verzeichnen wir die Zunahme psychisch kranker Menschen, ob jung oder alt? Warum verlieren so viele Menschen den Halt oder werden in der Gemeinschaft nicht mehr aufgefangen, wenn ihre Seele weint? Auch diese Fragen gälte es zu beleuchten und Massnahmen für das soziale Miteinander – in der frühen Kindheit, im Schulalter, in der Ausbildung und im Alter – einzuleiten. Die Politiker und Politikerinnen sind für die Gesundheit der Bevölkerung verantwortlich. Wir sollten jetzt auf präventive Unterstützungsangebote bauen, bevor es zu spät ist.

Zeitner, GLP: Die ausführliche Beantwortung des Regierungsrates macht deutlich, dass die Sorge tatsächlich berechtigt ist. Die gesellschaftlichen Veränderungen und die Covid-19-Pandemie hinterlassen Spuren bei der psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung. Besonders besorgniserregend sind die steigenden Zahlen psychischer Störungen bei

jungen Menschen. Gemäss einer Studie des Bundesamtes für Statistik vom Dezember 2022 haben beispielsweise die Spitaleinweisungen aufgrund von Suizidversuchen in der Altersgruppe der 10- bis 24-Jährigen in den Jahren 2020 und 2021 um 26 % zugenommen, die ambulanten psychiatrischen Leistungen im Spital um 19 %. Im Kanton Thurgau wurde bereits im März dieses Jahres die Bettenlimite für die stationäre Behandlung von Kindern und Jugendlichen überschritten, was zur Folge hatte, dass der Bereich der Psychotherapie für Kinder und Jugendliche aus dem Kanton Thurgau bis auf Weiteres gesperrt wurde. Dies bedeutet, dass nur noch Notfallbehandlungen durchgeführt werden können, der Therapiebereich bleibt den Kindern und Jugendlichen verwehrt. Hingegen können Kinder und Jugendliche aus anderen Kantonen weiterhin im Thurgau aufgenommen werden. Es fehlt also nicht an Plätzen. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie stehen grundsätzlich genügend Betten zur Verfügung. Der Regierungsrat schreibt in seiner Beantwortung, dass der Bedarf an Behandlungsplätzen jährlich überprüft werde, was hier sicherlich dringend angezeigt ist, um diese Versorgung für Thurgauer Kinder und Jugendliche ganzjährig zu gewährleisten. Der volkswirtschaftliche Schaden im Falle einer Nichtbehandlung von psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen wird in der Antwort allerdings klar dargelegt. Der Regierungsrat lässt in seiner Beantwortung die Frage offen, weshalb auffallend viele Kinder und Jugendliche aus dem Thurgau von der KESB, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, fürsorgerisch in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Clenia Littenheid AG untergebracht werden. Sicherlich spielen hier multifaktorielle Gründe eine Rolle. Es fehlen beispielweise Angebote für Therapieplätze für Jugendliche, wie Wohngruppen in einem geschlossenen Rahmen. Die Klinik füllt hier diese Lücke. Auch im Erwachsenenbereich ist die Versorgungssituation bezüglich Therapiekapazitäten angespannt. Die vom Kanton vorgegebenen Bettenobergrenzen der beiden Kliniken in Littenheid und in Münsterlingen schränken die Aufnahme von Thurgauer Patientinnen und Patienten ein. Auch hier macht es Sinn, den Bedarf an Behandlungsplätzen zu überprüfen. Bei den Grundversorgern kommt es trotz qualifizierter Triage zu einem Behandlungsstau. Der bestehende Hausärztemangel und lange Wartezeiten für Therapieangebote führen dazu, dass sich psychisch kranke Menschen in ihrer Not an irgendeine Beratungsstelle im Kanton wenden, auch an solche, die nicht auf psychische Erkrankungen spezialisiert sind. Dies nimmt Zeit und Ressourcen in Anspruch, was für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft sehr belastend ist, auch im Wissen darum, dass keine Hilfe angeboten werden kann. Es ist verständlich, dass der Leidensdruck der Betroffenen immer grösser wird. Die präventiven Massnahmen des Regierungsrates sind hier sicherlich gut und richtig, wie die 24/7-Helpline für Kinder oder das kantonale Programm zur Gesundheitsförderung und Prävention. Sie lösen das Problem der fehlenden therapeutischen Versorgung aktuell aber nicht. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die allgemein steigende Zahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen in den letzten Jahren zugenommen hat. Die Sorge um die psychiatrisch-therapeutische Versorgung ist schweizweit vorhanden und muss auch im Thurgau

weiterhin die notwendige Beachtung finden. In diesem Zusammenhang wäre die Wiedereinsetzung der Psychiatriekommission auf jeden Fall sinnvoll.

Rickenbach, Die Mitte/EVP: Am 10. Oktober war "Welttag der psychischen Gesundheit". Auf diesen Tag präsentierte "Sucht Schweiz" die nationale Studie "Health Behavior in School-aged-Children" von 2022 bei 11- bis 15-Jährigen im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit. Es kann zusammengefasst gesagt werden, dass das Wohlbefinden abnimmt – bei Mädchen mehr als bei Jungen. Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt für das Aufgreifen dieses immens wichtigen Themas. Leider ist die Sorge der Interpellantinnen berechtigt. Dies kann auch der sorgfältigen Beantwortung des Regierungsrates entnommen werden. Dankbar stellen wir fest, dass der Regierungsrat im Programm "Gesundheitsförderung und Prävention" psychische Erkrankungen durch verschiedene Präventionsmassnahmen aufgenommen hat. Es wurde beispielsweise das ambulantaufsuchende Kriseninterventionsteam (AKIT) geschaffen. Zudem wurde die Anzahl Betten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie um drei Betten auf 17 erhöht. Ausserdem prüft der Regierungsrat die aktuell vorliegenden Anträge der Spital Thurgau AG und der Clinia Littenheid AG um Erhöhung der Platzanzahl ab 2024. Der Umstand, dass sich die Suizidalität bei Jugendlichen in den letzten beiden Jahren stark erhöht hat, bereitet aber Sorge. Tief betroffen bin ich vom Suizid der 18-jährigen ehemaligen Nachbarin. Sie lässt ihre Eltern, ältere und jüngere Geschwister, ihren Freund und ihren Lehrbetrieb geschockt zurück, da sie ihnen gegenüber nie Andeutungen gemacht hatte. "Ich gehe in eine bessere Welt!". Das sind die Worte, die sie hinterlässt. Sorge bereitet uns, dass aufgrund der Bettenlimitation die stationäre Psychotherapie für Kinder und Jugendliche im März 2023 bis auf Weiteres gesperrt werden musste. Aufhorchen lässt, dass für ordentliche Behandlungen im ambulanten Bereich lange Wartezeiten bestehen und Hausärzte in ihren Praxen einen Behandlungsstau von Menschen mit akut psychischen Problemen erkennen, obwohl die statistisch erfassbare Versorgungssituation im Thurgau als gut zu beurteilen ist. Die in der Antwort 4 erwähnte Studie von Margrit Stamm "Schulabbruch – Zeugnis des Scheiterns?" aus dem Jahr 2010 zeigt schonungslos die Folgen auf, die seither zu- und nicht abgenommen haben. Es ist einerseits der volkswirtschaftliche Schaden von jährlich über 15 Mio. Franken für den Thurgau und andererseits – dies wird in der Beantwortung nicht erwähnt – ist es das Mitleiden und Mittragen der betroffenen Familien, was für alle psychisch belastend ist. Eben erst hat mir eine Mutter erzählt, ihre Tochter habe gesagt, dass sie zum Glück den Cevi, den Christlichen Verein Junger Männer und Frauen, habe. Dieser habe sie geerdet, den Blick vom Dauerstress der schulischen Anforderungen auf ihre Cevi-Kinder und Mitleiterinnen und -leiter, auf coole Programme zum Vorbereiten und auf das Erleben der Gemeinschaft gelenkt. Selbst wenn es manchmal zusätzlich streng gewesen sei, habe es sie gerettet. Einige Klassenspännli seien während der Zeit in der Kantonsschule psychisch erkrankt und hätten dem Leistungsdruck nicht standhalten können. Gründe für eine psychische Belastung werden

in der Beantwortung der Frage 6 mit gesellschaftlichen Veränderungen erläutert. Vor allem die angeschlagene psychische Gesundheit bei den Jugendlichen beschäftigt mich sehr. Hier stellt sich die Frage, was die Ursache dafür ist. Sucht man eine solche, damit präventiv gewirkt werden kann und nicht ausschliesslich therapeutisch reagiert werden muss? Resilienz ist gefragt. Es gilt, diese zu stärken, indem der Ursachenforschung Platz eingeräumt wird und Strukturen hinterfragt und angefasst werden, auch im Kanton Thurgau. Es ist ein Gesellschaftsphänomen. Auch der Bund ist hier gefragt. Es gilt, Resilienz zu stärken, indem wir verbindliche Beziehungen ermöglichen und zulassen. Beispielsweise in der Schule mittels präsenster Klassenlehrperson über mehrere Fächer, indem wir das Lernen mit allen Sinnen angehen lassen, indem wir zuhause als Eltern präsent sind, indem Elternkompetenzen mittels Weiterbildungsangeboten gestärkt werden und indem warmherzige Beziehung gepflegt und auch negative Gefühle zugelassen werden. Wer traurig, wütend und geschockt sein darf, kennt die Gefühle, die in Krisen auftauchen, und kann damit umgehen. Wer gelernt hat, Unterstützung zu holen, bekommt sie auch. Wir sollten helfen, Lösungen zu finden, loben und Fehler zulassen. Wer mit kleinen Frustrationen umgehen kann, hat es mit der grossen Unbill leichter. Wir sollten Resilienz stärken, indem wir uns auf unsere Grundwerte besinnen, diese pflegen, leben und nicht aufgeben. Wir sollten Gemeinwohl fördern, statt den Individualismus und Egoismus zu bewirtschaften. Zudem kann es durchaus sinnvoll sein, Seelsorge als einen Teil der psychischen und therapeutischen Versorgung mit ins Boot zu holen und zwar im unterstützenden Sinne. Jugendorganisationen wie Cevi, Besi (Bund Evangelischer Schweizer Jungscharen), Jubla (Jungwacht Blauring), Pfadfinder, Vereine des Breiten-sports und weitere sollten für leistungsdruckfreie Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche gefördert und unterstützen werden. Sie bieten Gemeinschaftserlebnisse, die verbinden, tragen und die Resilienz stärken, weil sie echt sind. Wer soziale Netzwerke oft nutzt, berichtet häufiger über eine schlechte psychische Gesundheit. Zur Beantwortung der Frage 7: Die Vereinfachung des Anerkennungsprozesses für Psychiatriefachpersonen ist nötig, damit sie Leistungen, gerade aus der ambulanten psychiatrischen Spitex, abrechnen können. Wir können es uns nicht leisten, unter dem aktuellen Fachkräftemangel kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgrund dieses Umstandes nicht einsetzen zu können. Deshalb frage ich den Regierungsrat, ob er bereit ist, diesbezüglich, zum Beispiel über die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), auf Bundesebene vorstössig zu werden. Die Herausforderungen sind immens. Jetzt gilt es, dafür zu sorgen, dass den Ursachen auf den Grund gegangen wird und Massnahmen umgesetzt werden.

Schenk, EDU: Die EDU-Fraktion dankt den Interpellantinnen ausdrücklich für den Vorstoss. Ein weiterer Dank geht an den Regierungsrat für seine Beantwortung. Beim Studium dieses Geschäftes wurde ich sehr nachdenklich. Die dargelegten, stark nach oben zeigenden Fallzahlen widerspiegeln den Zustand unserer offensichtlich immer kränker

werdenden Gesellschaft. Für mich wurde die Frage 6 und deren Beantwortung zum Hauptpunkt: Der Regierungsrat zeigt auf, welches die Ursachen sind. Wie aber den Ursachen begegnet werden kann, wird kaum aufgezeigt. Hier kommt eine grosse Hilflosigkeit zum Ausdruck. Die EDU verkündet, dass es Hilfe und Hoffnung gibt. Unsere Gesellschaft braucht Werte, die gesunden Halt geben. Jene Werte, die der Schöpfer der Menschen für sie vorgesehen hat. Sie sind nachzulesen in der Bibel, der Betriebsanleitung für uns Menschen. Diese Wertevermittlung ist dringendst nötig. Die Werte gehören auch in alle Bereiche, in welche der Staat Einfluss hat. Ein Beispiel: Die Genderideologie verunsichert, entwertet und zerstört junge Menschenseelen und damit die Gesellschaft. Diese Ideologie hilft mit, die psychiatrischen Erkrankungen weiter zu erhöhen. Ich empfehle, sich diesbezüglich bei der Stiftung "Zukunft CH" zu informieren. Hier erwarten wir seitens des Regierungsrates ein klares Statement, dass diese zerstörende Ideologie an den Thurgauer Schulen keinen Platz haben darf. Das wäre eine klare Wertevermittlung des Regierungsrates in der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und deren Kindern. Leider ist diesbezüglich nichts zu vernehmen. Ein weiteres Beispiel: Die letzten drei Jahre haben nicht dazu beigetragen, dass weniger Menschen psychisch erkrankt sind. Die Ärzteschaft bestätigt dies. Wer die evidenzlose Angstmacherei und die oft schädliche Gentherapie in unserem Kanton vorangepeitscht hat, wissen wir alle. Wer die daraus resultierenden Kosten tragen muss, wissen wir auch alle. Nur darüber sprechen soll man nicht. Ich stelle dem Regierungsrat die Frage, ob es nicht richtig gewesen wäre, auf die warnenden Stimmen zu hören und sie ernst zu nehmen, anstatt sie zu verhöhnen. Wie viele Menschen wären dadurch nicht aus gesunden Geleisen geworfen worden? Als höchste Thurgauer Instanz haben wir es hier im diesem Ratssaal in der Hand. Sind und handeln wir kritisch, werteorientiert und enkeltauglich oder winken wir jede gesellschaftlich noch so widerliche Zeiterscheinung einfach durch? Wir sollten uns besinnen. Wir sollten mutig und konsequent handeln, selbst wenn es entgegen dem unseligen Mainstream ist. An dieser Stelle bedankt sich die EDU-Fraktion bei allen, die besagte Werte in unserer Gesellschaft leben und hochhalten.

Pretali, FDP: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen René Walther: "Die FDP-Fraktion bedankt sich bei den Interpellantinnen für die Fragestellungen. Ebenso danken wir dem Regierungsrat für die offene und sachliche Beantwortung der Interpellation und der Gewährung eines Blickes in die Versorgungssituation der psychisch erkrankten Menschen. Tatsächlich gibt es an gewissen Stellen im Versorgungsnetz psychisch erkrankter Menschen Lücken und Verbesserungspotenzial. Dies räumt der Regierungsrat in seiner Beantwortung ein. Als Präsident zweier Institutionen, welche unter anderem psychisch erkrankte Menschen versorgen und beherbergen, kann ich das skizzierte Lagebild bestätigen. Versorgungsstrukturen sind zwar in vielschichtiger Weise vorhanden, aufgrund eines teilweise akuten Fachkräftemangels ist eine angemessene Versorgung punktuell aber nicht mehr sichergestellt. Die hohen Fallzahlen im Thurgau sowie die he-

terogenen Strukturen mit privaten und institutionellen Anbietern mit Leistungsaufträgen begünstigen die negativen Entwicklungen beziehungsweise tragen nicht zu einer Entkrampfung bei. Durch Beurteilungs- und Zuständigkeitskonflikte entstehen teilweise zusätzliche Hemmnisse bei der zielgerichteten Versorgung von Patientinnen und Patienten. Die entstandenen Lücken werden in der Folge teilweise in fachfremden Strukturen wie Hausärzten, Wohneinrichtungen und medizinischen Akutstationen so gut es geht aufgefangen. Dies stellt für Betroffene, Angehörige sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine zusätzliche Herausforderung dar. Diese Situation ist schon länger bekannt, vor allem im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Erste Schritte sind gemacht. Sie müssen aber konsequent weiterentwickelt und auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Tatsächlich gibt es teilweise lange Wartezeiten. In Kombination mit den geschilderten Effekten kann es nicht selten vorkommen, dass Diagnosen nicht angemessen erfolgen können, Krankheitsverläufe aus dem Blickfeld rücken und irgendwann, aber plötzlich, eskalieren. Dies belastet das System zusätzlich und erzeugt Folgekosten. Psychische Erkrankungen sind komplex und können, anders als bei akuten medizinischen Erkrankungen, nicht auf den ersten Blick erkannt werden. So kann eine psychische Erkrankung und deren Verlauf nicht immer erkannt und antizipiert werden. Eine harmlos scheinende Depression kann plötzlich eskalieren. Die Auslöser können sehr unterschiedlich sein. Es braucht Zeit für Beobachtung und Zeit, sich ein Bild zu machen. Diese Zeit ist oft nicht vorhanden. Ähnlich wie beim Projektmanagement gilt: 'Sag mir, wie dein Projekt beginnt, und ich sage dir, wie es endet.' Oder übersetzt: 'Sag mir, wie deine Geschichte und Diagnose beginnt, und ich sage dir, wie deine Versorgung und deine Erkrankung enden.' Das Umfeld, also der Arbeitgeber, die Familie, die Erziehungsberechtigten, die Lehrpersonen, die Grundversorger wie Hausärzte, ist in der ganzen Thematik ein wichtiger Faktor. Nun, guter Rat ist teuer. So hat der Regierungsrat die Zeichen erkannt und einige Massnahmen eingeleitet. Dennoch stellt die FDP-Fraktion fest, dass immer noch Handlungsbedarf besteht. Einerseits ist dem Fachkräftemangel mit angemessenen Massnahmen entgegenzuwirken. Andererseits müssen diese Bemühungen durch eine Koordination und Lenkung der Zusammenarbeit und der Zuständigkeiten zwischen privaten und institutionellen Leistungserbringern flankierend begleitet werden. Zudem sind weitere Massnahmen zur Verbesserung und Förderung der Prävention, Aufklärung und Zusammenarbeit der fachfremden Anspruchsgruppen in Betracht zu ziehen. Die Anzahl der Fälle im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt gibt zu denken. Hier wäre eine genaue Analyse bezüglich der Ursachen durchaus angebracht. Die Frage ist sicherlich nicht einfach zu beantworten, jedoch beim Entscheidungsprozess für angemessene Massnahmen ein wichtiger Aspekt. Die FDP-Fraktion dankt den Interpellantinnen und dem Regierungsrat für den Diskurs. Zudem danken wir dem Regierungsrat für weitere Bemühungen und Massnahmen zur Verbesserung der Situation."

Elina Müller, SP: Ich spreche vor allem zu der Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie im Thurgau, da diese besonders prekär ist. Ich möchte die Helpline 24/7 hervorheben. Hier wurde ein niederschwelliges, jederzeit erreichbares Angebot für Kinder, Jugendliche und Familien in schwierigen Situationen geschaffen. Ich hoffe, dass dieses nach der Pilotphase regulär weitergeführt wird. Ebenso hervorheben möchte ich das ambulant aufsuchende Kriseninterventionsteam (AKIT). Es ist wichtig und auch gut, dass bei akuten Krisen innert 24 Stunden ein Termin in einer Institution angeboten werden kann. Es ist aber kein gutes Zeichen, dass wir im Vergleich zur Gesamtschweiz überdurchschnittlich viele Pflagetage haben, sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern und Jugendlichen. Bei Letzteren übersteigt darüber hinaus die Nachfrage nach stationären Plätzen das Angebot deutlich. Dabei müsste es doch unser Ziel sein, dass möglichst wenige Kinder und Jugendliche stationär in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen werden müssen. Der Grundsatz "ambulant vor stationär" ist für diese Altersgruppe besonders bedeutsam. Diesem kann nur dann nachgekommen werden, wenn ein ausreichendes ambulantes Angebot vorhanden ist. Wir haben aber auch hier einen erheblichen Fachkräftemangel. Ebenso wie bei den Lehrern und den Hausärztinnen fehlt es an Kinder- und Jugendtherapeuten und -psychiaterinnen. Was könnte der Regierungsrat unternehmen, um bei Fachverbänden und an Universitäten für eine Niederlassung im Thurgau zu werben? Ich habe mit einem Kinder- und Jugendpsychiater mit langjähriger Erfahrung im Thurgau gesprochen. Er schilderte mir, dass er pro Woche zwei bis drei Anfragen für die Behandlung von Kindern und Jugendlichen aus Kapazitätsgründen ablehnen müsse. Es gibt schlicht zu wenige Psychotherapieplätze. In den letzten 30 Jahren hat sich an der schlechten Versorgungslage von Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche im Thurgau nichts verbessert. Lediglich die Diagnostik wurde in dieser Zeit ausgebaut und ausgefeilter. Wenn aber nach mehreren Monaten Wartefrist die Abklärung gemacht werden kann und diese ergibt, dass eine Therapie angezeigt wäre, lässt sich kaum ein Platz dafür finden. Besonders dürftig ist die Versorgung ausserhalb der grösseren Ortschaften. Ein langer Anfahrtsweg ist aber gerade für Kinder und Familien in schwierigen Situationen oft mühsam oder kaum machbar. Kriseninterventionen und kurze, auf rasche Lösungen ausgelegte Therapien können in einigen Fällen ausreichen. Zu oft sind es aber nur "Feuerwehrrübungen", und nach einiger Zeit "brennt" es wieder. Die Lösungen sind nicht nachhaltig. In Krisen fallen die Menschen tief. Mit einer ambulanten Therapie kann das verhindert werden. Eine ambulante Psychotherapie braucht aber ausreichend Zeit, manchmal viel Zeit. Kontinuität, Vertrauen und Beziehung sind Grundlagen einer Psychotherapie. Wenn diese gewährleistet sind, kann mit der ambulanten Therapie viel aufgefangen werden. Schlussendlich braucht es dadurch weniger stationäre Behandlungen. Es werden tiefe Lebensenschnitte verhindert und Kosten gespart. Auf der Internetseite der Psychiatrischen Dienste Thurgau (PDT) heisst es zu psychischen Erkrankungen bei Kindern: "[...] Je früher behandelt wird, um so milder die Therapie und umso besser die Prognose."

Häberli, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Darin greift er alle wichtigen Punkte auf, und es ist ersichtlich, dass Bemühungen für eine Besserung der akuten Situation eingeleitet wurden. Insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird gearbeitet. Das Thema der psychiatrischen und therapeutischen Versorgung psychisch kranker Menschen im Thurgau ist sehr komplex. Ein Beispiel: Eine Minderheit der befragten Hausärztinnen und Hausärzte erklärt, dass sie die erste Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten, auch jene mit psychiatrischen Problemen, seien. Grundversorgerinnen und Grundversorger seien entsprechend qualifiziert, eine Triage vorzunehmen und eine erste hausärztlich orientierte, psychotherapeutische Beratung und Therapie einzuleiten. In der alltäglichen hausärztlichen Sprechstunde hätten rund die Hälfte der Patientinnen und Patienten eine relevante psychiatrische Diagnose. Dieses und weitere Beispiele in der Beantwortung des Regierungsrates zum Thema der fehlenden Therapieplätze sowie zum Fehlen der auf Kinder und Jugendliche spezialisierten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, zeigen uns die gesellschaftliche Entwicklung auf. Einerseits handelt es sich bei der ungebremsten Zunahme der psychisch Hilfesuchenden tatsächlich um ein gesellschaftliches Problem, welches aus Sicht der Fachärzte stark mit der grenzenlosen Nutzung der (a-)sozialen Medien zusammenhängt. Andererseits müssen die Institutionen das gesellschaftliche Problem irgendwie bewältigen. Das bedeutet viel Arbeit für das Fachpersonal, verbunden mit therapeutisch-professioneller Selbstunzufriedenheit, wenn sie die nach Hilfe Suchenden nicht zeitnah unterstützen können. Die eigenen Kräfte müssen deshalb eingeteilt werden, um zuerst dort zu helfen, wo es am sinnvollsten ist. Es sind Bestrebungen im Gange, für Kinder und Jugendliche eine ähnliche Triagestelle aufzubauen, analog dem Erwachsenenbereich mit dem bewährten Abklärungs- und Aufnahmezentrum (AAZ) in Münsterlingen. Im Weiteren müssten die Expertinnen und Experten sowie die Institutionen ihre Hilfe verstärkt dorthin bringen, wo sie in den Familien und im sozialen Nahbereich benötigt werden, weil genau dort das psychosoziale Problem letztlich gelöst werden muss. Dazu sollen in den nächsten Jahren vermehrt stationsäquivalente Behandlungen angeboten werden. Diese umfassen psychiatrische Behandlungen im häuslichen Umfeld durch mobile, ärztlich geleitete, multiprofessionelle Behandlungsteams. Sie entsprechen hinsichtlich der Inhalte sowie der Flexibilität und Komplexität einer vollständigen Behandlung im stationären Bereich.

Engeli, GRÜNE: Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Es wird deutlich, dass dem Regierungsrat das Thema wichtig ist und er bemüht ist, die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung so gut als möglich zu gewährleisten. Dazu wurden in den letzten Jahren einige sinnvolle Projekte umgesetzt und konstruktive Lösungsansätze der Psychiatrischen Dienste Thurgau unterstützt. Das Thema der psychischen Gesundheit und psychiatrischen beziehungsweise psychotherapeutischen Versorgung bereitet mir in den letzten Jahren zunehmend Kopf-

zerbrechen. Die Zunahme psychischer Erkrankungen in unserer Gesellschaft hat grosse Auswirkungen auf unterschiedlichste Bereiche unseres Lebens und unseres Versorgungssystems. Die Frage, der sich die Interpellation hauptsächlich gewidmet hat, ist der Grad der Versorgung. Da nehmen wir wahr, dass der Regierungsrat bemüht ist, auf den steigenden Bedarf zu reagieren. Es scheint aber ein Fass ohne Boden zu sein. Die zweite, aus meiner Sicht wichtigere Fragestellung ist jene nach den Gründen für das zunehmende Auftreten psychischer Erkrankungen. Ich möchte auf einige Punkte der Beantwortung eingehen und über mögliche Gründe der Krankheitszunahme sprechen. In der Antwort auf Frage 1 wird erwähnt, dass die externen psychiatrischen Dienste aufgrund des Anordnungsmodells bei Psychologinnen und Psychologen nun noch stärker unter Druck seien. Diese Aussage ist nur bedingt nachvollziehbar. Ambulante Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen entlasten die Psychiatrischen Dienste Thurgau, indem sie einer grossen Anzahl psychisch belasteter Menschen einen Therapieplatz anbieten können und einer Verschlechterung des psychischen Zustandes dieser Menschen aufgrund von Nichtbehandlung entgegenwirken. Der Interpretation in Frage 2 zur höheren stationären Versorgungsrate, die auf eine gute Versorgung im Thurgau hinweise, könnte entgegengesetzt werden, dass diese Zahlen und die langen Wartelisten für einen stationären Therapieplatz auf eine Unterversorgung im ambulanten Bereich hindeuten. Es ist anzunehmen, dass Menschen, die lange auf einen ambulanten Therapieplatz warten oder es irgendwann aufgeben, einen solchen zu suchen, so stark in Not geraten, dass eine ambulante Behandlung nicht mehr genügt. Naheliegender wäre auch, dass sich dadurch stationäre Behandlungsdauern verlängern. Oder aber sie werden beispielsweise aufgrund einer akuten suizidalen Krise im Rahmen einer kurzen Krisenintervention behandelt und anschliessend ohne einen Psychotherapieplatz, stationär oder ambulant, nach Hause entlassen, was zu einem Drehtüreneffekt führen kann. Meines Wissens ist einer der Hauptgründe, weshalb Psychiater zurzeit keine Warteliste führen, jener, dass die Liste derart lang und unübersichtlich wurde, dass es keinen Sinn mehr macht. Dasselbe gilt für die meisten psychologischen Psychotherapeuten, die – nebenbei bemerkt – sehr wohl in einem Verband organisiert sind, nämlich der Föderation Schweizer Psychologen (FSP). Die Aussage zu Frage 4, dass nicht alle psychischen Erkrankungen eine sofortige Hilfestellung benötigen, finde ich etwas schwierig. Aktuell wissen wir, dass es vor allem bei Störungsbildern wie Burnout, Depression sowie Angst- und Panikstörungen einen erhöhten Behandlungsbedarf gibt. Bei diesen Krankheitsbildern sind eine Chronifizierung und deutliche Verschlechterung bis hin zu einer suizidalen Krise durchaus ein realistisches und häufiges Szenario. Meistens sind zwei bis vier Wochen Wartezeit zumutbar, vier bis sechs Monate, wie es im letzten Jahr vorkam, aber eher nicht. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die meisten Betroffenen oft zu lange warten, bis sie sich eingestehen, dass sie Hilfe benötigen. Eine Aussage zu Frage 3 hat mich betroffen gemacht. Wie kann es sein, dass die Hälfte der Patienten und Patientinnen in der alltäglichen hausärztlichen Sprechstunde eine relevante psychiatrische Diagnose haben? Und wa-

rum haben zunehmend viele junge Menschen psychische Probleme? Damit komme ich zum zweiten und aus meiner Sicht wichtigeren Teil des Themas. Die Menschen sollen und müssen behandelt werden können. Es ist aber noch wichtiger, dass wir genau analysieren, was die Menschen und speziell auch unsere Jugend krank macht und welche Massnahmen dagegen getroffen werden könnten. Die Punkte in Frage 6, die der Regierungsrat erwähnt, greifen einige wichtige Themen auf, wobei die meisten Punkte, wahrscheinlich auch nicht in ihrer Summe, eine derart starke Zunahme psychischer Krisen erklären würden. Wichtig scheint mir das Thema der zunehmend fehlenden innergesellschaftlich haltgebenden Strukturen zu sein. Hier müsste genau hingeschaut werden, warum diese Entwicklung stattfindet und was ihr entgegengesetzt werden könnte. Ich könnte mir vorstellen, dass die Entwicklung im Zusammenhang mit der fortschreitenden Individualisierung steht, die in vielerlei Hinsicht alles andere als gesund ist. Die Individualisierung nimmt durch und mit den digitalen Möglichkeiten Dimensionen an, die eine grosse Wirkung auf uns Menschen entfalten. Ich möchte nur zwei von vielen möglichen Beispielen nennen: Sie kann zu einer Sozialängstlichkeit führen, die immer häufiger bei Kindern und Jugendlichen beobachtet werden kann, die dadurch nicht mehr in die Schule gehen oder Schwierigkeiten haben, ein Telefongespräch zu führen. Bei Kleinkindern, die zunehmend auch betroffen sind, kann es sogar zu einer massiven Beeinträchtigung des Spracherwerbs kommen. Aufgrund der Digitalisierung von Prozessen kann dies aber auch zu einer Überforderung aufgrund der gestiegenen Verantwortung in vielen Lebensbereichen und Fragestellungen führen. Vielleicht fragen Sie sich jetzt, was ich damit meine. Ich versuche, es zu erklären. Es ist nicht immer eine Erleichterung, wenn man jedes Formular zu Hause am Computer ausfüllen kann, bei Fragen in Warteschleifen landet oder auf E-Mailadressen hingewiesen wird. Man muss Stunden am Computer verbringen, weil etwas, aus welchen Gründen auch immer, nicht funktioniert und man am Schluss doch unverrichteter Dinge aufgibt. Die Pendenzenliste wird länger, anstatt kürzer. Zunehmend werden Aufgaben, die früher von Dienstleistern erbracht wurden ganz praktisch an die Kundin und den Kunden übertragen. Manchmal, aber nur dann, wenn es funktioniert, kann das tatsächlich praktisch sein. Häufig ist es aber überfordernd. Unklarheiten werden nicht sofort ausgeräumt, und man bleibt mit Fragezeichen zurück. Dazu kommt ein weiterer Aspekt, der zu Vereinsamung und sozialer Isolation führt: Kundenkontakte finden kaum noch statt, und wenn, dann muss vielerorts dafür extra bezahlt werden. Mir scheint dies ein sehr grundlegendes Problem der heutigen Zeit zu sein, das sich auf allen Ebenen, auch auf psychischer, auswirkt. Leider nicht zu unseren Gunsten. Vor einiger Zeit hörte ich in einem Interview die Aussage, dass wir es aktuell nicht geschafft hätten, die Digitalisierung aktiv zu unserer Entlastung zu nutzen. Wir seien zu Sklaven der Digitalisierung geworden. Ich kann dem nur zustimmen. Ich verbringe immer mehr Zeit am Computer, um Alltägliches zu erledigen, anstatt, dass der Computer das für mich erledigt und ich mehr Zeit für Nichtdigitales habe. Auch die zunehmende Erwartung an uns alle, dass wir für unseren Arbeitgeber, den Verein, die sozialen Kontakte

oder die Politik auch an freien Tagen ständig verfügbar sein sollten, hilft nicht dabei, Ruhe und Erholung zu finden. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen beobachte ich immer häufiger, dass sie das Smartphone kaum noch aus der Hand legen können. Es sind aber nicht nur sie, es geht zunehmend Menschen jeden Alters so. Es bleibt keine Zeit für das Gehirn, sich zu langweilen und kreativ zu werden oder sich nur auf eine Sache zu konzentrieren. Ständig wird es mit einer Flut von Reizen in hoher Frequenz gespeist und dadurch überreizt. Das Gehirn erhält dadurch zu wenig Erholungszeiten. Die Auswirkungen bei Jugendlichen sind unter anderem Lustlosigkeit, Gereiztheit, Motivationschwierigkeiten, Schlafmangel, soziale Isolation und Überforderung. Bei Erwachsenen sind die Auswirkungen unterschiedlich, je nachdem, wozu die digitalen Geräte genutzt werden. Sie können von Überlastung, Schlafschwierigkeiten und Gereiztheit bis Burnout und Depression führen. Aus meiner Sicht sollten den unterschiedlichen Bereichen der Digitalisierung und deren Auswirkung auf unsere Gesellschaft viel grösseres Augenmerk geschenkt werden. Dabei wäre eine ganzheitliche Betrachtungsweise wichtig, um für massgebende Bereiche unserer Gesellschaft wie Bildung, Arbeit und Gesundheit wichtige und richtige Schlüsse ziehen zu können. Nur dann, so vermute ich, kann die steigende Zahl von Menschen, die mit psychischen Krisen und Krankheiten konfrontiert sind, wieder gesenkt werden. Wir dürfen hier keine "Vogel-Strauss-Politik" betreiben und den Kopf mit der Haltung in den Sand stecken, dass Digitalisierung ein kaum zu beeinflussender Prozess und der Lauf der Zeit sei und nicht aufgehalten werden könne. Mit einer solchen Einstellung machen wir es uns zu einfach. Es ist wichtig, genau zu überlegen, in welchen Bereichen und wem Digitalisierung dient und wo uns diese Entwicklung das Leben schwermacht, uns unsere Entscheidungsmöglichkeiten und dadurch unsere Freiheit einschränkt oder uns sogar krank macht. Im Bereich der Bildung möchte ich auf einen Aspekt eingehen, der mich sehr beschäftigt. Ich möchte mit den folgenden Gedanken einen Diskurs anregen: Ich frage mich, weshalb wir auf allen Schul- und Ausbildungsstufen einen derart grossen Druck entwickeln, Kinder und Jugendliche zu selbstständigem Arbeiten hinführen zu wollen. Woher kommt der inzwischen fast schon zwanghafte Gedanke, dass Kinder so früh wie möglich lernen müssen, sich selbst zu organisieren und selbstständig zu arbeiten? In den letzten Generationen haben doch nicht lauter unmündige, unorganisierte Menschen die Schule und die Lehre abgeschlossen! Warum wird heute in der Bildung so viel Gewicht auf Selbstständigkeit gelegt? Aus meiner Sicht hat genau diese Fixierung weittragende Folgen für die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen. Ich versuche, zu erklären weshalb: Entwicklungspsychologisch ist der Bereich im Gehirn eines Menschen, der für die Handlungsplanung zuständig ist, erst mit zirka 25 Jahren vollständig ausgereift. Wir fangen erst mit zirka zwölf Jahren an, diese Kompetenz überhaupt zu entwickeln. Wie für die meisten nachvollziehbar, ist unser Gehirn nicht schneller, wenn wir Entwicklung forcieren, vor allem dann nicht, wenn es dadurch zu Belastung führt. Wir lernen nicht schneller laufen, nur weil unsere Eltern uns schon viel früher als nötig auf die Beine stellen. Im

Gegenteil, es führt zu Schäden, die Folgen auf die gesamte motorische Entwicklung haben können. Die Fixierung auf Selbstorganisation mit der einhergehenden stärkeren Individualisierung in der Bildung ist nicht so hilfreich, wie es den Anschein haben könnte. Die meisten Kinder und Jugendlichen werden dadurch ständig überfordert und frustriert. Das mag erstaunen, aber selbst die individuelle Betrachtung jedes einzelnen Kindes in der Schule ist nicht nur hilfreich. Es entsteht nämlich auch individueller Druck. Wenn ein Kind in der Schule in einer Prüfung eine 5 schreibt, wird nicht nur gesagt: Das ist eine gute Leistung, weiter so! Sondern es wird gefragt: Wo möchtest du hin? Was willst du noch erreichen? Welches Ziel hast du? Wie kannst du deine Leistung noch weiter optimieren? Das Kind macht die Erfahrung, dass es ständig im Fokus steht und immer noch mehr Leistung erwartet wird bzw. möglich sein sollte. Meine Hypothese ist, dass wir gegenwärtig stark unterschätzen, welchen Druck diese pädagogische Ausrichtung unserer Bildungsinstitutionen bei den Kindern und Jugendlichen erzeugt. Sie fühlen, dass sie für ihr Lernen verantwortlich sind. Das fühlt sich für viele nicht gut, sondern nach Druck an. Das Unbeschwerte geht verloren. Die Schule wird zu Stress und zu einer Belastung. Aus meiner Sicht schleichen wir Erwachsenen uns dadurch aus der Verantwortung, für das Lernen der Kinder mitverantwortlich zu sein, und wir überfordern sie. Hinzu kommt, dass wir ihnen im Bereich der Bildung so viel zumuten, sie aber in der ganz normalen Alltagsbewältigung überbehütet werden. Sie haben kaum noch die Chance, Kompetenzen zu entwickeln wie kochen, backen, Wäsche waschen, alleine ausserhalb der Sichtweite der Eltern spielen, im Wald Feuer machen, alleine Zug oder Bus fahren, einen Fussmarsch im Regen machen oder einen kleinen Nebenjob zu haben. Das alles scheint inzwischen gefährlich und/oder nicht mehr zumutbar. Dabei würden alle diese Dinge den Kindern viel Selbstvertrauen und Lebenserfahrungen bringen und ihr Selbstbewusstsein stärken. Mir wäre es ein grosses Anliegen, dass in unserer Bildung vertieft über diesen Aspekt nachgedacht und dort, wo nötig, die Lehrpläne angepasst und die Eltern sensibilisiert werden.

Stieger, Die Mitte/EVP: Nachfolgend mein Appell zum präventiven Engagement: Beim Lesen der Beantwortung hat mich im Nachgang ein Nachgeschmack begleitet. Eine gewichtige Hilflosigkeit war spürbar. Die Situation, dass unsere psychiatrischen Angebote im Thurgau sehr bewirtschaftet und ausgelastet seien, lässt Alarm schlagen. Das ist durch diese Interpellation auch der Sinn der Sache. Das Bild der Alarmierung zeigt: Schnelle, ausserordentliche und dringende Hilfestellung ist gefragt. Die Attribute erinnern mich an meine langjährige Feuerwehrtätigkeit mit bis zu 25 Alarmierungen pro Jahr, nach dem Motto: "Retten – Löschen – Halten!" Einmal mehr sind wir darin versucht, eine Situation mit der "Pflästerli-Methodik" zu bewältigen, um so den Schaden und das Problem zu begrenzen. Wie so oft ist die Politik reagierend, und das "Feuer soll gelöscht" werden. Es werden die therapeutischen Angebote erweitert. Das müssen wir halt! Aber muss die Politik immer im "Nachhinein sein" und re-agieren? Müsste hier nicht prioritär

Kraft in eine vorausschauende Planung gelegt werden? Verschiedene Analysen weisen auf verschiedene Ursachen hin, die zu einer Erkrankung führen können. Vorausschauend hiesse, sich zu fragen, weshalb diese Erkrankungen zunehmen und zunehmen. Es stellt sich die Frage, wo hier der "Hund" begraben ist. In Scuol in Graubünden gibt es eine 100-jährige Forstseilbahn, die ohne Strom, nur mit der Schwerkraft funktioniert. Die Verankerung des Stands, die Halterung, die Sicherung und die Spannungskraft der Drahtseile werden als "Hund" bezeichnet. Ein grosser Baumstamm wird tief in die Erde vergraben. Dadurch werden die Spannkraften ausgehalten. Wo ist bei uns in der Schweiz, im Thurgau, der "Hund" begraben? Sind es die Leistungsanforderungen, der Perfektionismus in der Schweiz, die wenigen Zukunftsperspektiven, Zukunftsängste, Krieg, Vereinsamung, der Individualismus, Anforderungen, die sozialen Medien und das ewige Vergleichen und Bewerten? Sind die aktuellen Präventionsbemühungen hier ausreichend? Braucht es hier nicht auch strukturelle, gesellschaftliche, präventive Interventionen? Braucht es eine "Denkfabrik Thurgau", die mögliche neue Ansätze ausgräbt und anspricht? Es braucht ein gemeinsames Herangehen, damit der "begrabene Hund" gefunden wird und angegangen werden kann. Eventuell braucht es hier die zusätzliche, geschätzte Initiative des Regierungsrates, so dass Personen zusammengebracht werden, die darüber noch vertiefter nachdenken und Lösungen finden.

Bétrisey, GRÜNE: Wir haben nun viel über die psychiatrische und therapeutische Versorgung psychisch kranker Menschen im Thurgau gesprochen, die undiskutabel ungenügend ist. Die Wartezeiten sind zu lang, und es gibt zu wenig Therapieplätze. Insbesondere die Zahlen psychisch erkrankter Jugendlicher steigt stark an, und die psychiatrische Grundversorgung ist momentan nicht gewährleistet. Wir sollten es gar nicht so weit kommen lassen. Ich möchte auf die Wichtigkeit von Prävention hinweisen. Es kann nicht mehr so weitergehen, dass wir die starke Zunahme an psychischen Erkrankungen unter den Teppich wischen und in unserer Gesellschaft so tun, als sei das kein Problem. Unsere Leistungsgesellschaft muss grundlegend hinterfragt werden. Die Prävention beginnt selbstverständlich in der Schule. Ich bedaure es ausserordentlich, dass die zuständige Regierungsrätin Monika Knill als Departementsvorsteherin des Departementes für Erziehung und Kultur erst seit kurzer Zeit im Saal anwesend ist. Sie war während des grössten Teils der Debatte nicht anwesend. Ich hoffe sehr, dass sie das ausführliche Protokoll studieren wird. Fachleute warnen schon länger vor den Folgen von übermässigem Handykonsum und sehen einen direkten Zusammenhang zu erhöhtem Auftreten von Angststörungen und Depressionen bei Kindern und Jugendlichen. Das Thema der psychischen Gesundheit ist immer noch ein Tabu in unserer Gesellschaft. Eine physische Verletzung oder Erkrankung stösst auf Verständnis und ist offensichtlich, psychische Diagnosen werden aber kaum kommuniziert. Falls eine betroffene Person den Mut dazu aufbringt, muss sie mit Unverständnis und Ausgrenzung rechnen, was ihre Situation nochmals zusätzlich verschlechtert und zusätzlich Sozialphobien auslösen kann. Ein Psychia-

ter mit langjähriger Praxiserfahrung hat mir erzählt, dass die Diagnose von Burnout in unserer Leistungsgesellschaft offenbar zunehmend auf Akzeptanz stosse. Neueste Untersuchungen zeigen aber auf, dass mutmasslich 10–15 Prozent der Bevölkerung an Angststörungen leiden, die oftmals unerkannt und unbehandelt bleiben und auf wenig bis keine Akzeptanz stossen. Mir erscheint dringend angezeigt, dass in Schulen der psychischen Gesundheit endlich mehr Gewicht gegeben wird. Präventive Massnahmen müssen aktiv ergriffen werden. Und zwar nicht mit einer einmaligen Informationsstunde, sondern mit Massnahmen, die im Schulalltag integriert sind. Es braucht eine laufende Auseinandersetzung und Bewusstmachung zum Umgang mit Mobiltelefonen und sozialen Medien, zum Umgang im Klassenverband miteinander sowie eine Nulltoleranz für Mobbing, Achtsamkeit mit sich selber, den Mitmenschen und der Umwelt. Vielleicht braucht es auch in unserer digitalisierten Welt eine teilweise bewusste Rückkehr zu analogen Anteilen am Schulalltag, damit Schülerinnen und Schüler insbesondere Hausaufgaben nicht ausschliesslich mit digitalen Medien verrichten, wodurch man einer permanenten Störung durch Meldung eintreffender E-Mails und Reaktionen aus sozialen Medien ausgesetzt ist. So könnte beispielsweise auch Präsentationstechnik ohne technische Hilfsmittel geübt werden. Ich bitte die zuständige Regierungsrätin Monika Knill, zu diesem Aspekt Stellung zu nehmen und auszuführen, wie sie den Handlungsbedarf bei Schulen sieht.

Sabina Peter Köstli, Die Mitte/EVP: Ich nehme aus Sicht der Perspektive Thurgau zusammenfassend Stellung: Die KESB, Berufsbeistandschaften, Schulen und auch der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) überweisen in Folge des Mangels an Therapieplätzen – für Erwachsene, aber auch für Kinder – immer häufiger Fälle. Dies im Sinne von: Lieber zur Perspektive Thurgau, als gar nichts machen. Dadurch gelangen Klientinnen und Klienten mit einer psychischen Erkrankung zur kantonalen Fachstelle, die eine Psychotherapie benötigen würden. Aufgrund des Auftrags der Perspektive Thurgau werden allerdings "nur" Beratungen und keine Psychotherapien durchgeführt. Somit erhalten die erkrankten Menschen auch keine adäquate Behandlung. Eine Weiterweisung ist aufgrund der langen Wartefristen in der Psychiatrie häufig nicht möglich. Aus diesem Grund wurde mit Dr. Bruno Rhiner, Chefarzt des KJPD, Kontakt aufgenommen und eine Stellungnahme zur Beantwortung des Regierungsrates erarbeitet. Es ist eine wichtige Erkenntnis aus dieser Zusammenarbeit, dass brachliegende Kapazitäten besser genutzt werden sollten. So empfiehlt sich ein Abklärungs- und Aufnahmezentrum (AAZ) für Kinder und Jugendliche in Analogie zum AAZ für Erwachsene. Hier erfolgt eine fachlich fundierte Triage an geeignete Beratungs- und Therapiestellen. Dadurch wird ein Beitrag zu einer optimalen Ausnutzung der begrenzten Kapazitäten geleistet. Ebenfalls empfiehlt sich eine Erhöhung der Kapazitäten im ambulanten Bereich durch das Einrichten einer Koordinationsstelle für praktizierende Psychiaterinnen und Psychiater wie auch Psychologinnen und Psychologen. Dies zum Sichtbarmachen von frei verfügbaren The-

rapieplätzen. Frühes Erkennen, frühes Fördern und frühes Beraten ist von grosser präventiver Bedeutung. Die Perspektive Thurgau kann 50 Stellenprozente in das operative Umsetzen von präventiven Massnahmen im Bereich "Psychische Gesundheit" einsetzen. Die Möglichkeiten sind hierdurch beschränkt. Wenn mehr gemacht werden sollte, müssten die Kapazitäten erhöht und finanziert werden. Ich erlaube mir, dem zuständigen Regierungsrat Urs Martin die vollständige Stellungnahme von Dr. Bruno Rhiner zukommen zu lassen. Bei Fragen stehen die zuständigen Fachpersonen der Perspektive Thurgau gerne zur Verfügung.

Dransfeld, GRÜNE: Ich erlaube mir zwei persönliche Bemerkungen zum Thema. Der Männerchor ist mein Seelendoktor. Das sage ich gelegentlich, und daran glaube ich wirklich. Ich habe das Glück, in einem sozialen Umfeld zu leben, in dem ich mich mit vielen Menschen austauschen kann. Dieses Privileg haben viele hier in diesem Saal. Hätten wir das Privileg nicht, wären wir wahrscheinlich nicht gewählt worden. Wir wissen aber alle, dass viele Menschen in unserem Kanton dieses Privileg nicht besitzen. Wir wissen, dass Beizen zugehen. Wir wissen, dass Vereine verschwinden. Wir wissen, dass familiäre Bande weniger werden. Wir wissen, dass menschliche Kontakte – das wurde wiederholt gesagt – immer weniger werden. Das einzige, was man noch ohne digitale Hilfsmittel machen kann, ist das Haarschneiden beim Coiffeur. Auch die Hausärzte werden weniger. Die medizinische Versorgung erfolgt über grössere Distanzen, mitunter auch ohne persönlichen Kontakt. Das Verschwinden des Hausarztwesens, das diesen Rat schon wiederholt beschäftigt hat, ist für mich eine grosse Sorge in diesem Zusammenhang. Die Mobilität, die Fluktuation und die Individualisierung nehmen zu. Es ist gewissermassen – erlauben Sie mir das starke Wort – eine "Wohlstandsverwahrlosung", die wir hier beobachten müssen. Der Mensch ist ein Herdentier. Diesem Aspekt unseres Wesens sollten wir in allem, was wir tun, Sorge tragen. Zur Beantwortung des Regierungsrates: Zu Frage 1 ist zu lesen, dass sofortige Hilfe bei Bedarf von stationärer Behandlung gewährleistet sei. Ich bin der Meinung, dass das erstrebenswert ist und wohl auch in vielen Fällen funktioniert, aber nicht immer. Ich hatte vor etwa zwei Wochen eine gegenteilige Erfahrung gemacht, die mich zwang, während eines Vortrags den Saal zu verlassen, um ein Telefonat mit einer Ärztin zu führen, die sich um eine nahestehende Person kümmerte, die diese Hilfe von Seiten des Spitals leider nicht bekam, ganz im Gegenteil. Den Vortrag – der Zufall wollte es – hielt Rolf Zehnder, CEO der Spital Thurgau AG. Ich hatte Gelegenheit, ihm im Anschluss an den Vortrag zu erklären, weshalb ich den Saal verlassen hatte. Er war sehr aufmerksam, es war ein sehr angenehmes Gespräch. Ich hoffe, dass solche Vorfälle, wie ich einen erlebt habe, die Ausnahme bleiben.

Regierungsrat **Martin:** Ich danke dem Rat sehr für die Diskussion, und ich danke vor allem den Interpellantinnen, dass sie das wichtige Thema aufgebracht haben. Es erfährt

teilweise in der Bevölkerung noch immer Stigmatisierung. Man thematisiert es nicht so gerne. Das Thema ist aber sehr vielschichtig. Dies hat auch die heutige Diskussion gezeigt. Wir haben von Bergbahnen, die ohne Strom laufen, über Schulfragen querbeet diskutiert. Ich möchte in dieser Thematik zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist der aktuelle Zustand der Gesellschaft und die Frage, wie es dazu gekommen ist. Das andere ist die Frage, was der Kanton, der Staat dafür macht. Zum ersten: Unsere Gesellschaftsstrukturen haben sich verändert. Die Werte sind nicht mehr dieselben, wie sie einmal waren. Die Familienstrukturen sind nicht mehr gleich stabil. Es hat ein Wandel stattgefunden. Ich bin früher im Wald spielen gegangen und habe eine Steinschleuder gehabt, mit der ich leidenschaftlich gerne herumgeschossen habe. Dabei habe ich auch einmal ein schönes Auto beschädigt. Ich habe keine bleibenden Schäden davongetragen, im Gegenteil. Ich habe die Lehre daraus gezogen, dass eine Versicherung etwas Wichtiges ist. Was machen die Kinder heute? Sie haben früh ihre Games, ihre Spiele. Sie gehen nicht mehr mit ihren Gspänli nach draussen. Das ist ein Fakt. Was machen die Erwachsenen heute? Früher ging man zusammen eben beispielsweise in den Männerchor. Das hat vielleicht wirklich therapeutische Wirkung. Für die anderen ist es ein Sportverein oder ein Hobby, das handwerklicher Natur ist. Heute sitzen die Leute miteinander im Restaurant, und anstatt miteinander zu sprechen, schaut jeder gerade nach, was der andere auf Instagram postet. Dort werden selbstverständlich nicht die üblen Dinge gepostet, sondern die schönsten Orte im Alpstein, schöne Aussichten, Ferien am Strand usw. Man postet nicht, wenn es regnet, schlechtes Wetter ist oder es Nebel im Thurgau hat. Man postet eher die schönen Dinge. Wenn ich immer nur über Social Media kommuniziere und nur positive Aspekte wahrnehme, die ich nicht einordnen kann, habe ich irgendwann das Gefühl, dass die ganze Welt positiv ist und ich als einziger negative Dinge erlebe. Ich spreche jetzt nicht von meiner Funktion als Regierungsrat, sondern generell gesellschaftlich. Das ist heute leider die Realität. Hier stellt sich die Frage, was der Staat tun muss und tun kann und was andere tun müssen. Zum Bereich der Kinder – es wurden verschiedene Vorwürfe an meine Regierungskollegin gerichtet – möchte ich erwähnen, dass zuallererst die Eltern in der Verantwortung sind. Es liegt an den Eltern, zu sagen, dass es kein Handy und keine Games gibt und die Kinder nach draussen zum Spielen gehen und etwas Anständiges machen sollen. Man kann nicht alles einfach dem Staat, der Schule, den Psychiatern etc. aufbürden. Zuerst sind die Eltern in die Verantwortung zu nehmen. Zum anderen muss auch im Bereich der Erwachsenen jeder seine Selbstverantwortung wahrnehmen. Wenn man laufend Newsticker erhält, wird man am Sonntag aufgeschreckt. Dabei ist es irgendein nichtssagender Newsletter, den man sofort löschen kann. Man wurde aber schon wieder aufgeschreckt. Ich habe alle Hinweise ausgeschaltet und geniesse den Sonntag. Aber das muss man auch selber tun. Die letzten Jahre waren herausfordernd für unsere Gesellschaft. Dem ist zweifelsohne so. Die Pandemie hat sicher dazu beigetragen. Jetzt stellt sich die Frage, welche Versorgung der Kanton gewährleisten muss, um den aktuellen Herausforderungen im Bereich der Psychiatrie zu

begegnen. Mir ist die psychische Gesundheit der Thurgauer Bevölkerung äusserst wichtig. Letztes Jahr habe ich im Frühjahr den "Tag der Kranken" der psychischen Versorgung der Jugendlichen gewidmet. Ich war in diesem Jahr im Februar mit der psychiatrischen Spitex im Einsatz, um auch die ambulante Versorgung älterer Menschen zu sehen. Mir ist es ganz wichtig, diesen Problemen auf den Grund zu gehen. Die Frage ist aber, wieviel wovon es braucht. Alle Votantinnen und Votanten – ich habe genau zugehört – haben gesagt, es brauche mehr von allem. Es hat niemand gesagt, das brauche es nicht. Alle haben gesagt, es brauche mehr stationäre Angebote, mehr ambulante Angebote, mehr Prävention. Ich masse mir an, in der Medizin ein wenig Erfahrung zu haben. Ich spreche ein Thema an, das ich jetzt strapazieren möchte: Die Indikationsqualität. Indikationsqualität heisst, ob das, was gemacht wird, auch nötig und richtig ist. Ich bin befugt, darüber zu sprechen. Ich bin Mitglied der vom Bundesrat eingesetzten Eidgenössischen Qualitätskommission, die für Fragen im Gesundheitswesen zuständig ist. Wenn man bei der Indikationsqualität genau hinschaut, sieht man, dass es Themen gibt. Ein Beispiel, das nichts mit der psychiatrischen Versorgung zu tun hat: Die Indikationsqualität in der Orthopädie ist in der Nordwestschweiz am schlechtesten, weil das Angebot an Orthopäden und orthopädischen Kliniken in der ganzen Schweiz nirgends so hoch ist wie im Raum Basel. Und es ist leider so, dass ein Angebot sich auch immer eine Nachfrage schafft. Es ist nicht nur so, aber auch so. Zum Bereich der psychischen Versorgung im Kanton Thurgau. Die dem Bundesamt für Statistik angehängte Statistikabteilung des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (OBSAN), die ausschliesslich Gesundheitsversorgungsforschung macht, also eine ganz neutrale Einheit, hat den Versorgungsgrad aller Kantone bemessen. Auf Seite 4 in der Beantwortung ist zu sehen, dass der Kanton Thurgau im Bereich der Psychiatrie und der Psychotherapie für Erwachsene einen Versorgungsgrad von 112 % und bei der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sogar einen solchen von 132 % aufweist. Es stellt sich die Frage, wieviel es braucht. Wir haben nach objektiven, in der ganzen Schweiz gleich bemessenen Daten bereits heute mehr Versorgung, als es eigentlich bräuchte. Es wurde gesagt, dass es bei den Institutionen aber Wartezeiten gebe. Ja, zum Teil gibt es sie. Es stellt sich jedoch die Frage, ob alle Leute, die in den Institutionen sind, auch wirklich notwendigerweise dort sind. So sind wir wieder bei der Frage der Indikationsqualität. Wir sind daran, diese Frage sorgsam zu prüfen. Wir haben vieles gemacht, und wir machen vieles, auch im Bereich der Prävention. Ich danke an dieser Stelle der Perspektive Thurgau für ihre Arbeit. Mit den Leitungserbringern haben wir im Bereich der Notfälle eine 24-Stunden-Versorgung, sieben Tage in der Woche, 365 Tage im Jahr aufgebaut. Man kann sofort anrufen, wenn es ein psychisches Problem gibt. Das funktioniert gut, und das ist sehr wichtig. 2022 wurde die Zahl der stationären Betten für Kinder- und Jugendpsychiatrie erhöht. Ausserdem wurde das ambulante Kriseninterventionsteam geschaffen, und wir werden weitere Schritte prüfen. Wir müssen aber vorsichtig sein, dass wir die ohnehin über 100 % befindliche Versorgung nicht zu stark aufbauen, weil wir nicht wis-

sen, ob es ein temporärer Anstieg ist. Zudem müssen wir schauen, dass wir zwischen effektivem Bedarf und Überversorgung sauber austarieren. Respektive wir müssen sicherstellen, dass die Indikationsqualität gut stimmig ist. Das werden wir tun. Die heutige Diskussion war sehr wichtig, weil sie ein Thema, das viele Leute beschäftigt, auch mit der Diskussion im Rat öffentlich macht. Der Regierungsrat hat eine grosse Sensibilität für das Thema, und er wird weiterhin Massnahmen prüfen. Er schaut aber genau hin, was effektiv nötig ist. Mit allem, was wir zu viel machen, riskieren wir auch, unnötige Kosten zu generieren.

Regierungsrätin **Knill**: Das Geschäft ist ein medizinisch-therapeutisches, ebenso der Vorstoss. So wurden auch sämtliche Fragen gestellt. Es ist kein bildungspolitisches Geschäft. Ich wurde aber direkt angesprochen. Ich teile diese Sorge der Interpellantinnen, was die Zukunft oder die aktuelle Situation von psychisch kranken Menschen im Thurgau betrifft. Ich bin auch in grosser Sorge, was den Anteil junger Menschen anbelangt. Ich möchte darauf hinweisen, dass mein Departement seit einigen Jahren verschiedene Aktivitäten mit allen Akteuren aufgenommen hat. Kantonsrätin Karin Bétrisey hat mich herausgefordert. Sie war 2019 selber Motionärin einer Leistungsmotion. Der Regierungsrat hat diese im Februar 2020 beantwortet. Es ging um Nulltoleranz bei Mobbing an Thurgauer Schulen samt einem grossen Korb und Katalog mit geforderten Massnahmen. Wir haben die Leistungsmotion sehr umfassend beantwortet und insbesondere aufgezeigt, welche präventiven Massnahmen und Unterstützungen in diesem Zusammenhang umgesetzt werden. Dies sind einerseits die kantonalen Stellen. Miteinbezogen sind aber auch die Schulgemeinden, die Schulsozialarbeit und alle Akteure im präventiven, aber auch im therapeutischen Bereich. Zudem bestehen die Möglichkeiten der Kantonspolizei, für diese Bereiche Unterstützungen zu leisten. Wir haben dort in der Beantwortung aufgeführt, welches die bestehenden Massnahmen sind und was die Intensivierung verschiedener Massnahmen anbelangt. Ich empfehle, die Beantwortung einmal in einer ruhigen Minute nachzulesen. Es ist noch nicht lange her, als dieser Rat über die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im Zusammenhang mit der grossen Erhebung diskutiert hat. Wir haben sehr wohl gehört – und wir wissen das selber auch, – dass insbesondere für Eltern mit Neugeborenen die ersten Kinderjahre ganz wichtig sind. Wir sind in einer fast finalen Phase für eine Vernehmlassung einer Botschaft zur Schaffung gesetzlicher Grundlagen für Kind, Jugend und Familie. Darin denken wir auch über entsprechende "Lotsenfunktionen" nach, wie wir im System bereits bestehende Organisationen, wie die Hebammen oder Mütter- und Väterberatung, noch stärker einbinden können, damit wir diese Familien nicht verlieren und sie die Unterstützung erhalten. Die Hoffnung ist, dass die Auswirkungen so sind, dass junge Menschen, Kinder und Jugendliche beim Älterwerden weniger von psychischen Erkrankungen betroffen sind. Es gibt sehr viele Massnahmen, die in diese Richtung laufen. Ich weise darauf hin, dass es bei der Interpellation um die psychiatrische und therapeutische Versorgung geht. Mein Departement hat sich

Auszug aus: Protokoll des Grossen Rates Nr. 64 vom 25. Oktober 2023

insbesondere bei der Beantwortung der Frage 8 angesprochen gefühlt. Das ist nachzulesen. Es ist insofern aber kein bildungspolitischer Vorstoss.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Vizepräsident: Das Geschäft ist erledigt.